

Mitreden, Mitplanen, Mitgestalten

Bürgerbeteiligung beim Sprung über die Elbe: wagt die IBA 2013 den Sprung zu neuen Ufern?

Das Memorandum des Senats zur IBA vom April 2005 formuliert bereits die Herausforderung und setzt die Maßstäbe:

- „Hamburg ist eine Bürgerstadt“
- „In der modernen Großstadt des 21. Jahrhunderts müssen auch neue Formen des bürgerschaftlichen Engagements erprobt werden“
- „Abgekoppelt von den Regularien des Planungsalltags bietet die IBA die Chance, für den speziellen Anlass und für einen befristeten Zeitraum auch andere Verfahrensformen zu erproben“
- „Qualität ist das Ergebnis konkurrierender Sichtweisen, des Wettstreits um Ideen und Maßstäbe. Qualität ist auch das Ergebnis eines Diskurses, bei dem die Erfahrungen anderer Fälle und Orte ein wichtiges Korrektiv sind. IBA bedeutet demnach auch die Orientierung der Verfahren an internationalen Maßstäben“.

Der Anspruch an die Qualität der Bürgerbeteiligung im Allgemeinen und die Beteiligungsstruktur im Besonderen ist hoch: Innovativ, modellhaft und auf internationalem Niveau soll sie sein.

Ausgehend von den Erfahrungen der Zukunftskonferenz Wilhelmsburg (Mai 2001 bis Januar 2002) sollen dazu einige Ziele und Eckpunkte benannt werden.

Die Zuko Wilhelmsburg markiert ein für Hamburger Verhältnisse bisher einzigartiges und zukunftsweisendes Partizipationsmodell, weil es gelungen ist, in einem konflikt- und problembeladenen Hamburger Stadtteil von fast 50 000 Einwohnern alle Beteiligten für einen konstruktiven mehrmonatigen Dialog über mögliche „Brücken in die Zukunft“ zu gewinnen. Mit dem Beirat für Stadtteilentwicklung, den Fraktionen im Ortsausschuss und einem Bündnis von Vereinen und Initiativen waren alle wichtigen lokalen Akteure eingebunden. Kontinuierlich und verbindlich am Tisch waren Vertreter der im Stadtteil agierenden Fachbehörden, sowie die Verwaltung der verschiedenen Ebenen und eine Reihe externer Experten. Das „Weissbuch“ dokumentiert eindrucksvoll die Ergebnisse und spiegelt mit der Beschreibung von Problemen und Potentialen sowie Konflikten, Kontroversen und Konsensen den dynamischen aber stets konstruktiven und kooperativen Prozess in den Arbeitsgruppen und der Koordinierungsrunde. So einhellig das Lob über Verfahrenskultur und Ergebnispräsentation, ist die Zuko Wilhelmsburg dennoch in mehrfacher Hinsicht hinter ihren Möglichkeiten zurückgeblieben:

1. **Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen haben den Sprung auf die Umsetzungsebene nicht geschafft.** Als Ergebnis der AG`s war lediglich eine Materialsammlung unverbindlicher Vorschläge vorgesehen. Eine Rückkoppelung zu den Entscheidungsträgern in den Fachbehörden fand kaum statt. Selbst die Herausgabe des Weissbuch mit einem Versuch der Zusammenfassung und Bündelung der Ergebnisse der Arbeitsgruppen war nur der Beharrlichkeit des

Sprechergremiums verdanken. Auch eine Zuspitzung auf konkrete Schlüsselprojekte, über deren Umsetzung nach der Zuko in einem geregelten Verfahren hätte verhandelt werden können, war weder vor noch nach der Wahl ernsthaft gewollt (Ausnahme: das Forum Bildung Wilhelmsburg). Erst mit der Politik des „Sprung über die Elbe“ wurde wieder an den Impulsen der Zuko angeknüpft.

2. **Die Debatten der Experten in den Arbeitsgruppen der Zuko haben den Sprung in das „öffentliche Bewusstsein“ des ganzen Stadtteils nicht geschafft.** Hier wurde eine große Chance vertan. Befand sich doch die Stimmung in Wilhelmsburg in den Monaten vor der Hamburger Wahl vom September 2001 auf einem Tiefpunkt politischer Resignation. Zahlreiche Vorschläge für eine offensive Öffentlichkeitsarbeit der Zuko und Einbeziehung breiter Teile der Bevölkerung wurden blockiert bzw. scheiterten an fehlenden Ressourcen. Das Wahlergebnis - bundesweit ein Schock – war vor Ort vorzusehen.
3. **Die Lösungsansätze sind im Lokalen hängen geblieben und haben den Sprung zu internationalen Erfahrungen nicht geschafft.** Es gab kaum Mittel für die Einbeziehung externer Experten.
4. **Das Engagement der Bürger durfte das Niveau der Ehrenamtlichkeit nicht verlassen.** In den Arbeitsgruppen gab es außer für Protokollführung wenig professionelle Unterstützung. Die ehrenamtlichen SprecherInnen moderierten die monatelange Arbeit in den AG`s weitgehend auf sich selbst gestellt.
5. **Bei den großen Konflikten gab es keinen Handlungsdruck für die Entscheidungsträger.** Die Kontroversen um Hafenuferspange, Logistik, Wohnen vs Gewerbe, Obergeorgswerder, Spreehafen, Reiherstieg, Integration etc blieben unverbindlich und ohne Konsequenz. So konnten sich die Behördenvertreter entspannt zurücklehnen. Es bestand weder eine Notwendigkeit für eine Zuspitzung noch eine ernsthafte Suche nach tragfähigen Kompromissen.

Während die Zukunftskonferenz zwar wichtige Impulse geben konnte, letztlich aber eine unverbindliche Veranstaltung blieb, muss Bürgerbeteiligung bei dem vor uns liegenden IBA-Prozess weitaus höheren Herausforderungen gewachsen sein. Schließlich macht Hamburg mit dem Sprung über die Elbe jetzt ernst. Mit IBA und IGA wird sich die Elbinsel insgesamt und damit das konkrete Lebensumfeld ihrer Bewohner in einem bisher kaum vorstellbaren Ausmaß und Tempo verändern.

Die vermutlich direkt beim Senat angesiedelte Realisierungs - GmbH braucht für ihre Umsetzungsstrategie mehr als Information und Transparenz. Akzeptanz vor Ort ist nur zu erreichen, wenn die Bewohner reale Mitgestaltungsmöglichkeiten erhalten. Das Konfliktpotential darf nicht unterschätzt werden. Das Konzept „Sprung über die Elbe“ enthält einige höchst umstrittene Großprojekte, die sich sehr dynamisch zu einer erneuten Wilhelmsburger Vitalitätsprobe entwickeln werden.

Die zukünftige Beteiligungsstruktur kann nur erfolgreich sein,

- wenn die Menschen vor Ort nicht nur als Objekt intensiver Informationsarbeit behandelt werden sondern zu Subjekten von Planung und Mitgestaltung werden

- wenn für die Beteiligten glaubhaft erkennbar wird, dass Hamburgs „Sprung über die Elbe“ nicht nur auf die im Herzen der Stadt gelegenen Flächenreserven für ihre Prestigeprojekte spekuliert, sondern mit dem IBA- Motto von der „lebenswerten Stadt der Zukunft“, Lösungen für die realen Probleme, wie sie sich exemplarisch auf der Elbinsel darstellen, gefunden werden sollen
- wenn Hamburgs Senat und Fachbehörden in einem „Masterplan Elbinsel“ Ziele und Maßnahmen von IBA, IGA, Bildungsausstellung und weiteren Projekten zur Verbesserung der Lebensbedingungen vor Ort zu einem Gesamtkonzept verknüpfen und dazu einen konkreten Fahrplan präsentieren
- wenn bei den umstrittenen Großprojekten strukturierte Konfliktmoderation betrieben wird mit der Möglichkeit, ernsthafte Kompromisse bzw. Kompensationen auszuhandeln
- wenn mit einer offensiven und kontinuierlichen Öffentlichkeitsarbeit der ganze Stadtteil und alle Bevölkerungskreise erreicht werden und eine breite Aktivierung in den Quartieren und Milieus gelingt (Empowerment). Hier besteht die Chance, neue zieladäquate Kommunikationsmethoden zu erproben, um auch die Menschen jenseits der Beteiligungsgremien in die Umgestaltungsprozesse einzubeziehen (Jugendliche, Migranten etc)
- wenn die Aktiven vor Ort eigene Ressourcen (Bürger-Planungs-Fonds) erhalten, mit denen sie z.B. eigene externe Experten einladen können und Fachforen organisieren können, eigene Entwürfe in Auftrag geben können, eine eigene internetgestützte Diskussions- und Planungsplattform auf der Elbinsel aufbauen können, eigene Projekte anschieben können etc
- wenn in den Beteiligungsgremien vor Ort VertreterInnen der Bewohner und Betroffenen paritätisch vertreten sind und direkter Einfluss auf die Entscheidungsebene (Realisierungs-GmbH) genommen werden kann (klar definierte Rückkopplungsmöglichkeiten und Vetorechte)
- wenn die rasche Realisierung weiterer Sofortprojekte der neuen Senatspolitik Glaubwürdigkeit vor Ort verleiht und die notwendige Aufbruchstimmung erzeugt. So zum Beispiel: die lange versprochene sofortige (!) Öffnung des Zollzaunes im Spreehafen, die Einbeziehung des südlichen Hafenrandes (am Spreehafenufer) in Hamburgs Fußball WM-Aktivitäten 2006, der Beginn der Baumaßnahmen am neuen Radweg zum Elbtunnel und der neuen Radquerung über die Norderelbe in die Vier- und Marschlande Anfang 2006, eine Entscheidung des Senates für eine Internationale Bildungsausstellung in Wilhelmsburg 2013 noch in diesem Jahr, die Eröffnung eines IGA-Informationsbüros vor Ort in 2005 ...
- wenn Bürgerbeteiligung nicht als eher lästige Notwendigkeit sondern als innovatives Modell von Bürgergesellschaft und zivilgesellschaftlichem Engagement mit internationaler Ausstrahlung betrieben wird unter dem Motto: „Bürger planen und gestalten ihre lebenswerte Stadt der Zukunft – ein Projekt der IBA in der Freien und Bürgerstadt Hamburg“